

Ersteinst Mal
erschienen mit Anzeigen
der Sonn- und Festtage.

Abonnementspreis
vierteljährlich 60 Pf.
halbjährlich 1,20 Mk.
jährlich 2,40 Mk.
Zurück bis Post zugewandt
1,60 Mk. inkl. Postgebühren.

„Die neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage),
durch die Post nicht bezogen,
kann monatlich 7 Pf.
vierteljährlich 30 Pf.
abgefordert werden.

Stalpinen 1047.
Kriegsmann-Abteilung.
Verkaufsstelle Halle/Saale.



Inserionsgebühr
besteht für die 6 Spalten
Pfeilschrift oder deren Raum
20 Pfennig.

Für ausnahmsweise Anzeigen
25 Pfennig.

Im reaktionären Sinne
kann die Seite 7 Pfennig.

Inferate
für die fällig: Nummer
müssen spätestens bis vor
Mittag nach 10 Uhr der
Expedition aufgegeben
sein.

Erfragen in die
Postzeitungslitf.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Baumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Verfassungsreformen von oben.

„Es ist eine Zeit zu leben!“ möchte man mit Ulrich v. Gutten
ausdrücken. Verfassungsreformen in Preußen, in Sachsen
und nun sogar in verfassungslustigen Medlenburg! Das
Wort klingt, und man will es hören, wenn das so weiter
geht? Schon während Augen sehen schon den ihm zuerst mit
seinem Reduzenthaupt diesen Reformen über die Köpfe zu
gehen!

„Unmöglich hat es zwar nicht, Gott sei dank, noch keine Ge-
fahr, diese sämtlichen Reformen sind mit sozial „Eiderungen“
versehen, doch, wer kein Sympothodier ist, sich abends beruhigt
auf der Logen kann, ohne von einer Explosion zu träumen.

Am meisten die medlenburgische. Man könnte diese
sogar für eine überhöhte Wariole auf die sächsische Wahlrechts-
reform und auf das preussische Dreiklassenwahlrecht halten;
oder wenn man lieber will, für ein polemisches Manöver gegen
die Radikalen in Sachsen und Preußen: Ihr Kader seid nicht
aufzudecken mit den dort bestehenden Wahlrechten, den ge-
planten Reformen — so vergleicht die doch mit der medlen-
burgischen und schälet sich glücklich!

Es ist die alte, einzig neuliebende Geschichte: wenn das Volk
keine verfassungsmäßigen Rechte von oben erwartet, von dem
guten Willen und der Einfachheit der Machthaber und herrschenden
Klassen, dann ist und bleibt es bekümmert!

Anno 1848, im März, als auf eifrige Juretschöffer in Med-
lenburg die „rote Sabn“ gelagert war und eifrige Gutsbesitzer,
vom Kap des famosen Romudelschloß in Fritz Rüdiger „Strom-
tid“, geknallt wurden, da hat den Rüdiger das tapfere Herz in
die Höhe, sie wurden die berühmte Nacht vom 4. August 1789
in der französischen Revolution und legten auf einen „Provo-
kationstag“ alle ihre Vorrechte auf dem Altar des Vaterlandes
nieder, wie die Hefen lautete; der damalige Großherzog von
Schleswig-Holstein sah aus zu einem allgemeinen Landtag auf
Ordnung des Reiches, nach welchem zum Frankfurter Parla-
ment gewählt worden war. Der Landtag bereitete eine Ver-
fassung in der die drei Stände, der Schömerer Be-
ratung, die Abgeordneten und die regierte einig Monate lang ent-
schieden. (Der Gesetzgeber besteht sich abnehmend.) Nach dem
Siege der Konvention in Preußen entließen aber die
Junker einen wichtigen Scheingrund, die Reichsrat der beschno-
ren Verfassung aufzugeben, und der König von Preußen kam
ihnen zu Hilfe, indem er als eventueller Thronerbe gegen die
neue Verfassung Protest einlegte. Ein Schiedsgericht in
Fristenmaße, zu dessen Mitgliedern Friedrich Wilhelm IV.
von Preußen und Ernst August von Hannover ernannt wurden,
erklärte die neue Verfassung für nicht rechtsgültig und der alte
Zustand wurde reaktiert.

Nun verdrang eine Verordnung vom 14. September 1860,
„ungefähr die erforderlichen Einleitungen zu treffen zur
Wiederaufnahme der Reform der ständischen Vertretung und der
Landesverwaltung“, und im folgenden Jahre, am 15. Februar,
wurde anerkannt, daß die alte Verfassung im Laufe der Zeit
die Fortschritt zum Weiter gekommen habe und die in die
Verfassung zurückgekehrten Ritter bereiteten jedoch alle Ver-
träge, an ihren Privilegien das geringste zu ändern.

Dem neuen Reich standen die medlenburgischen Ritter zuerst
feindselig gegenüber, da die liberalen Reichsgesetze ihren Inter-
essen vielfach in die Quere kamen. Sie bereiteten der Um-
fassung Medlenburg an die Reichsordnung Schmälerigkeiten soviel
sie konnten. Als aber Ende der sechziger Jahre die konser-
vative Aera die liberalen ablöste und Getreidezölle, Viehpreisen
und andere agrarische Verfügungen kamen, verjüngten sie sich
mit dem Reich.

„Allens hind bi'n Allen“ — für das Volk wird auch nach
der neuen Verfassung so ziemlich alles beim Alten bleiben.
Es ist ganz falsch, wenn man die herrschenden Klassen für
reformfeindlich hält, und der Ausdruck „konservativ“ (erhalten) ist
irreführend. Jede Veränderung zum Besten ihrer eigenen
Interessen sind sie immer zu haben. Wenn sie könnten, würden
sie sogar auf grundrüttelnde Neuerungen zu ihrem eigenen Vor-
teil dringen. Was für Radikale, Radikalissimi nach rückwärts
geht nicht die konserervative Partei in Preußen! Nur gegen Re-
formen zum Besten der Massen, gegen soziale und politische de-
mokratische Neuerungen kämpfen sie sich und wehren sich mit
Zähnen, Gier und Schreien. Und wenn der Geist der Zeit,
die öffentliche Meinung und die Volksbewegung ihnen so hart
aufsetzt, daß sie nicht mehr alles verweigern können, so kommt
schließlich ein lächerliches Mühslein zum Vorschein wie in
Sachsen, Medlenburg und voraussichtlich in Preußen.

Und da gibt es liberale Ritter, die solches „Nur immer lang-
sam voran“ für das allein Richtige erklären, und sogar über die
medlenburgische Reform föhrt sogar ein Wochblatt: „Mit
amerikanischem Eifer“ seien die beiden Großherzöge be-
müht, das Ueberlebte zu befehligen! — Gewiß, wenn ein Junge
rasch wächst, kann man ihm nicht jede Woche neue Kleider
machen lassen. Wenn man ihn aber fortgesetzt zu vernachlässigt
hat, das er längst aus seinen alten Kleidern herausgewachsen
ist und diese nur noch in Fetzen an ihm herumhängen —
und man geht endlich daran, ihn neu zu bekleiden, läßt aber
die neuen viel zu kurz und zu eng machen und aus alten Rippen
und geschwundenen Fäden, so kann nur Dummheit oder Geiz
dabei herbeibringen sein; was bei der in Rede stehenden Ver-
fassungsreform heißt: politische Borniertheit oder Masseninter-
essenfeind, oder beides. Man hat aber Beispiele genug, daß ein
solcher Junge, wenn man am wenigsten daran dachte, seine
schädlichen Fetzen sich vom Leibe zu reißen und den Wesslern und Ver-
fertigen an den Kopf zu werfen!

auf. Sie erklärten, ein Sieg sei besser als ein Frieden in An-
sicht, nachdem sie ausgeführt hatten, daß Deutschland nach den
bisherigen Mißerfolgen seiner Markkopolitik kaum mehr ehren-
haften Frieden mit Frankreich halten könnten. Dann betrat
Genosse Bernheim die Rednertribüne, um gegen die Aus-
führungen der Referenten zu protestieren, wurde aber von den
aufbegehrenden jugendlichen Elementen, die sich trotz § 17 des neuen
Vereinsgesetzes eingefunden hatten, durch Heulen und Weinen
ständig unterbrochen. Gegen diesen Standal protestierten die
anwesenden Genossen mit gebührender Deutlichkeit. Erst als die
Herren Studenten einsahen, daß sie sich materiell benehmen
müßten, wenn die Versammlung überhaupt weitergeführt wer-
den sollte, konnte Bernheim eine zweieinhalb Stunden dauernde,
er unter lebhaftem Beifall mit einem leidenschaftlichen Protest
gegen die chauvinistische Völkerverehrung schloß.

Die deutschmarokkanische Gesellschaft hat durch die Presse an-
gekündigt, daß sie auch in anderen deutschen Städten ähnliche
Versammlungen veranstalten würde. Die Genossen im Lande
werden aus den Berliner Vorgängen erkennen, mit welchen
Elementen sie es zu tun haben, nämlich mit Seiten, die man
nur durch Mehrzahl und Energie zur Einbeziehung der wichti-
gen Anstaltsregeln zwingen kann. Die Absicht der Markkante
geht dahin, so etwas wie eine Volksbewegung zu entfesseln, um
die deutsche Regierung in noch größere Dummheiten als ihre
bisherigen hineinzuführen. Mit dieser „Volksbewegung“ wird
es wohl nicht viel werden!

Demokratische Vereinigung.

Der sozialliberale Verein von Berlin hat am Sonnabend in
einer fast besetzten Generalversammlung neue Statuten aus-
gegeben und sich offiziell den Namen „Demokratische Ver-
einigung“ gegeben. Diese Firmenänderung bedeutet bezeich-
nend, daß diese bürgerlich-republikanische Gruppe, die sich um Dr.
Barth schart, auf dem Wege zu sein hofft, zu einer vollstän-
digen Partei zu werden, wiewohl, daß sie schon durch ihren Namen
den demokratischen Grundcharakter ihres Programms betonen
will, drittens, daß sie ihre tatsächliche Aufgabe darin erblickt, eine
Kooperation aller demokratisch gestimmten Volkselemente ohne
Ansehung sonstiger Parteierfahrungen zum Zwecke der Er-
reichung voller staatsbürgerlicher Freiheit und Gleichheit herbei-
zuführen. Der sozialliberale Verein hatte im Augenblick seiner
Trennung von der freisinnigen Vereinigung in Berlin und den
Vororten 152 Mitglieder, die demokratische Vereinigung kann
jetzt mit über 1000 Mitgliedern in ihre Aktion eintreten, damit
hat sie die freisinnige Vereinigung, die in Berlin nie mehr als
etwa 300 Mitglieder zählte, weit überholt und ist auch für die
Organisation der freisinnigen Volkspartei ein nicht zu unterschä-
dender Gegner geworden. Im Verhältnis zur Sozialdemo-
kratie bleibt die demokratische Vereinigung deswegen immer
noch eine winzige Gruppe, mit andern Augen aber wird man
den bisherigen Erfolg der Gesellin im Lager der freisinnigen
Vereinigung betrachten, die jetzt in Berlin auf kaum 100 Mann
zusammengeschrunzelt ist, und in ihren besten Zeiten im ganzen
Reiche über nicht mehr als 8500 organisierte Mitglieder ver-
fügt hat.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 18. Mai 1908.

Ein Protest gegen die Kriegshetze.

Die deutschmarokkanische Gesellschaft und der alldeutsche Ver-
band veranstalteten am letzten Freitag in Berlin eine Volks-
versammlung, die vorwiegend dem beschleunigten Einberufen
des Reichstages zu der sich aber auch zahlreiche Sozialdemokra-
ten eingefunden hatten. Graf Pfeil und Graf Reventlow for-
derben die deutsche Regierung zur lebhaften Unterstützung des
franzosenfeindlichen Referats von Marokko Abdul Said

80] **Die Mutter.** (Nachdr. verbr.)
Roman von Maxim Gorki. Deutsch von Adolf Seb.

Ramel lächelte, fuhr langsam mit der Hand durch das Haar,
und das Haar in seinen Augen flammte heller auf.

„Ich hätte Sie... zur Gade zu sprechen!“ sagte der Ver-
storbene deutlich und laut. Er hatte sich Ramel mit der Brust
zugewandt, blühte ihn an, und der Mutter war es, als wenn
sein lüftles, trübes Auge in höfem, gierigem Feuer brannte.
Und alle Richter betrachteten ihren Sohn so, daß es schien, als
wenn ihre Augen an seinem Gesicht anlehnten, sich in seinen
Körper einfügen und nach seinem Blute dürsteten, um haburch
ihre ausgemergelten Leiber neu zu beleben. Er aber hand
gecade, sich und fieber in seine ganzen Größe da, streckte die
Hand nach ihnen aus und sagte nicht laut, aber deutlich:

„Wir sind Revolutionäre und werden es so lange bleiben, wie
Privatigentum existiert, so lange, wie die einen nur formann-
dieren, die andern — nur arbeiten. Wir sind gegen die Gewalt-
schaft, deren Interessen zu verteidigen man ihnen befohlen hat,
wir sind gegen und Ihre unermesslichen Reize, und eine Aus-
söhnung zwischen uns zu lange unmöglich, bis wir siegen.
Wir werden siegen, wir Arbeiter! Ihre Auftraggeber sind
durchaus nicht so stark, wie sie glauben. Dasselbe Eigentum,
für dessen Aufzucht und Aufzuehen Sie Millionen ge-
weideter Menschen hinopfern, dieses Kraft, die ihnen Macht
über uns gibt, erregt unter diesen feindseligen Neigungen, ver-
dient die höchste und niedrigste. Das Eigentum erfordert zu
seinem Schutz also viele Anstrengungen, und im Grunde ge-
nommen sind Sie, unsere Gebieter, mehr Sklaven als wir. Sie
sind geistig verflaut, wir nur körperlich. Sie können dem
Zust der Bourgeoisie und Genohheiten nicht erwidern, einem
Zust, der Sie seelisch getötet hat, und Sie hindern niemand,
innerlich frei zu sein. Das Gift, mit dem Sie uns vergiften,
ist schwächer als Gengengift, das Sie — wider Ihren
Wunsch — unserem Bewußtsein einträufeln. . . Das wächst,
entwidelt sich unaufhaltsam, entzündet sich immer schneller und
reißt alle Gatten, alle geistig Gelunden selbst aus Ihren Hän-
den mit sich. Wälden Sie einmal ihn! Jede haben schon Wis-
sente mehr, die mit Ideen für Ihre Wälden haben, schon Wis-
sente haben die Argumente ausgesprochen, die Sie vor dem An-
hänger hilfloser Berechtigter schämen können. Sie können im
Überreich nichts Neues schaffen. Sie sind geistig unfruchtbar.

Unsere Ideen wachsen, flammen immer heller auf, sie ergreifen
die Volksmassen und organisieren sie zum Freiheitskampf. Das
Bewußtsein der großen Rolle, die die Arbeiter zu spielen be-
zuzien sind, bereinigt alle Arbeiter der ganzen Welt zu einer
Seele. Sie können diesen Erneuerungsprozeß des Lebens
durch nichts aufhalten, außer durch Schamlosigkeit und Zynis-
mus. Aber die Schamlosigkeit fällt sofort ins Auge, die Grau-
samkeit ruft Erbitterung hervor. Und die Hände, die uns
heute ermüden, werden bald brüderlich die unferen drücken.
Ihre Energie — ist die mechanische Energie des stinkenden
Goldes. Sie vereint sie in Gruppen, die dazu berufen
sind, sich gegenseitig aufzureißen, unsere Energie — ist die
lebendige Kraft des stets zunehmenden Bewußtseins der Soli-
darität aller Arbeiter. Alles, was Sie tun, ist ein Verbrechen,
denn es ist darauf gerichtet, die Welt zu zerschanden zu
machen. Unde so werden dasganze die Welt von Geistes-
kräften und Ungehörern, die Ihre Ueide, Ihre Bosheit, Ihre
Gier erzeugt haben und die das Volk erschrecken. Sie haben
die Menschen aus dem Leben herausgerissen und sie zugrunde
gerichtet. Der Sozialismus vereint die von Ihnen zerstörte
Welt zu einem harmonischen Ganzen und das — wird
kommen!“

Ramel hielt eine Sekunde inne und wiederholte leise, kräf-
tiger:
„Das wird kommen!“

Die Richter stützten miteinander, schnitten sonderbare Grim-
assen und wandten ihre gierigen Augen nicht von Ramel ab;
die Mutter aber fühlte, daß sie seinen dieglamen, festen Kör-
per mit ihren Wälden beschlugen, daß sie ihn um seine Ge-
duldheit, Kraft und Frische beneidete. Die Wälden ließen
den herbeigehenden Genossen aufmerken auf ihre Gesichter
wären blaß, die Augen blitzten feurig. Die Mutter ver-
sah die Worte ihres Sohnes und sie prägen sich in wohl-
geordneten Reihen ihrem Gedächtnis ein. Der Kreis unter-
brach Ramel ein paarmal, erklärte ihm etwas, einmal lächelte
er sogar traurig. Ramel hörte ihn ruhig an, sprach dann
etwas und horst und erging sich in seine Fäden zu denken
anhand. „Das dauert lange, aber endlich schrie der Kreis
etwas, indem er die Hand gegen Ramel ausstreckte. Als Ant-
wort darauf ergoß sich etwas süßlich Ramels Rede.

„Ich schließe. Ich wollte Sie persönlich nicht kränken, im
Gegeenteil, da ich nun einmal bei der Komodie, die Sie Ge-
richt nennen, ausgehen bin, fühle ich fast Mitleid mit Ihnen.

Sie sind doch innerlich Menschen, und es tut uns stets leid,
Menschen zu sehen, die zwar Feinde unserer Ziele sind, aber
doch in so schimpflicher Weise gezwungen sind, der Gewalt
Dienste zu leisten, die in diesem Maße das Bewußtsein ihrer
Menschenwürde verlieren hat. . .

Er setzte sich, ohne die Richter anzusehen, die Mutter hielt
den Atem an, blühte ihrerseits die Richter unverwandt an und
wartete.

Andrei, der über das ganze Gesicht starrte, brühte Ramel
fest die Hand, Samoilow, Main und alle anderen kneten sich
leibhaftig zu ihm hin. Er lächelte durch die Weißhalsbeugen-
gen seiner Freunde etwas verwirrt, blühte dahin, wo seine
Mutter saß, nicht ihr zu und fragte gleichsam:
„Ist es so richtig?“

„Es antwortete, von einer heißen Bewußtseins überströmt,
mit einem tiefen, freudigen Seufzer.
„Da . . . hat das eigentliche Gericht angefangen!“ rüßerte
Schaum. „Wie hat er sie vorgenommen. . . mas?“

Sie nicht schweigend, zutrieben damit, daß der Sohn so
süß gesprochen habe — vielleicht noch zufriedener, daß er zu
Ende war. In ihrem Kopfe hämmerte die unruhige Frage:
„Nun? Was ist Ihr jetzt?“

Was ihr Sohn gelag, war ihr nicht neu, sie kannte diese
Schanden, aber sie fühlte zum ersten Male hier angehöht des
Gerichtes die seltsame, häßliche Kraft seines Glaubens.
Ramel's Wut setzte sie in Erstaunen und seine Rede floß in
ihrer Brust zu einem kernähnlichen Strahlenbündel fester
Leberzeugung von der Wahrheit dieses Glaubens und seinem
Siege zusammen. Sie erwartete, die Richter würden erbitern
mit ihm streiten, ihm böse erwidern und ihre eigene Wahr-
heit ins Treffen führen.

XXXV.

Aber da fand Andrej auf, schaukelte, blühte die Richter fin-
fer an und begann:
„Weine Herren Verteiliger . . .“
Sie haben den Gerichtshof und nicht die Verteiligung vor
sich“ bemerkte der Richter mit dem kranken Gesicht, böse
und laut.

An Andrej's Gesichtsausdruck erkannte die Mutter, daß er
die Richter foppen wollte, sein Schmutzard älterte, in seinen
Augen glänzte listige Rauteunfruchtbarkeit, die sie wohl kannte,
Er rieb mit seiner langen Hand sein Kopf und feufzte.



In der Verhandlungssammlung polemisierte der Vorsitzende Dr. Weißhieser gegen Raumann, der aus seinen nationalsozialistischen Erfahrungen heraus die Schaffung einer Mittelpartei zwischen der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Parteien für unmöglich erklärt hatte. Der Nationalsozialismus, so führte Weißhieser aus, ist niemals eine rein demokratische Bewegung gewesen, auch heute ist sie es nicht. Die Sozialdemokratie als demokratische Abwehrkraft ist eine ähnliche, liegt der demokratischen Bewegung durchaus fern. Diese Wille keine Zersplitterung der demokratischen Kräfte, sie trau sich und redete damit, daß die große sozialdemokratische Partei gleichfalls für demokratische Ziele einträte, sie führe einen Einfrontenkampf gegen rechts. Sie wolle ein Sammelpunkt aller demokratischen Bestrebungen sein, die aus äußeren oder inneren Gründen nicht zur Sozialdemokratie gehen könnten. Die demokratische Vereinigung tritt, wo sie eigene Kandidaten aufstellt, für diese ein, wo sie vor der Wahl politischen Stoffen und Sozialdemokratie steht, entscheidet sie sich für die Sozialdemokratie als die durch demokratische Bestimmung ihre nächstbeste Partei. So wurde von der Versammlung allgemein anerkannt, daß in den am 26. Berliner Landtagswahlkreisen nur die Unterstützung der Sozialdemokratie in Betracht komme, da die Regierung, in allen Berliner Kreisen Wahl als Wahlkandidaten aufzustellen, mit Rücksicht auf das indirekte Wahlverfahren als unüberführbar erkannt werden mußte. In der Generalversammlung wurde ferner mitgeteilt, daß zahlreiche Aufnahmeverfahren aus verschiedenen Teilen des Reiches eingeleitet seien, so daß wohl der Versuch gemacht werden würde, die demokratische Vereinigung als politische Partei für das ganze Reich zu organisieren.

Die Erfolge dieses Versuches werden abzuwarten sein. Man darf nämlich nicht vergessen, daß in Berlin eine große, weiterbreitete Presse (Kögelblatt, Morgenpost, Volkszeitung, Welt am Montag) der neuen Organisation wohlwollend gegenübersteht, während die bürgerliche Probepresse, soweit sie nicht ultramontan ist, mit beschneidenden Ausnahmen auf den Vord ein geschoren ist.

Die Stellung der Sozialdemokratie zur Gruppe oder Partei Wählbar wird durch ihre Namensänderung und ihre äußeren Erfolge oder Misserfolge nicht berührt. In ihren grundsätzlichen Anschauungen von der demokratischen Vereinigung wird getrennt, aber in der Erkenntnis der nächsten politischen Notwendigkeit mit ihr einig, daß die Sozialdemokratie der neuen Organisation dessen Erfolg zu wünschen, als sie ihn trotz der unüberlebenden Berliner Fortschrittler aus allen bisherigen Erfahrungen erwarten kann.

Das Reichsvereinsgesetz in Baden.

Die am Donnerstag publizierten Vollzugsvorschriften für die Handhabung der Wählerregistrierung in Baden sind erfreulicherweise — soweit die einzelstaatlichen Regierungen Verfügungsrecht haben — von der Tendenz durchdrungen, der Vorlage die schimmlichen Umstände auszuweichen. So sind die Bezirksämter anzuweisen worden, die Gewerkschaften nicht als politische Vereine zu betrachten, die angegliedert wären. Allerdings dürfen sie sich nur mit Berufs-, Lohn- und Standesfragen ihrer Mitglieder befassen. Versammlungen sind dann anzuordnen, wenn sie öffentliche sind und politische Fragen behandeln. Dagegen bedürfen Mitgliederzusammenkünfte politischer Vereine, sowie Versammlungen nichtpolitischer Körperschaften keiner Anmeldung. Die Bekanntmachung einer politischen Versammlung in einer Zeitung, welche im Amtsbezirk erscheint, ersetzt die Anzeige; ebenso öffentliche in die Augen fallende Anschläge. Versammlungen unter freiem Himmel brauchen nur 24 Stunden vorher (früher 48) dem Bezirksamt angezeigt werden. Die Vollzugsvorschriften sehen auch die Benutzung des Postzuges bei der Angehörigkeit von Versammlungen vor. In den gewerkschaftlichen Versammlungen ist der Gebrauch einer nichtöffentlichen Sprache gestattet; auch in anderen öffentlichen Versammlungen können „einzelne Redner“ sich einer nichtöffentlichen Sprache bedienen.

Beachtenswert ist ferner die Bestimmung, daß in Baden, wo bisher, von einer Ueberwachung der Versammlung, öffentlicher und nichtöffentlicher, abgesehen wird. Endlich können Personen unter 18 Jahren gewerkschaftlichen Versammlungen ohne weiteres anwohnen; ebenso ist gegen ihre Mitgliedschaft in Gewerkschaften nichts einzuwenden. — Mit diesen Vollzugsvorschriften hat sich noch der zurzeit verfallene Antrag zu beschäftigen, welchem diesbezügliche Anträge des Zentrums und der Sozialdemokratie vorliegen. Er wird verjahren, noch einige Verbesserungen des „einheitlichen“ Vereinsgesetzes herauszuschlagen.

Die Gefährdung des Liberalismus in Bittern.

In einem interessanten Aufsatz in der Neuen Deutschen Rundschau entwickelt Friedrich Raumann die Gefährdung des Liberalismus an der Hand von Bittern. Und zwar tritt die Entwicklung am deutlichsten in der Zusammenfassung des wessing'schen Abgeordnetenausschusses zutage, wo der Liberalismus im Reichstagsjahr vor 30 Jahren die überwiegende Mehrheit hatte. Es ergab sich in den verschiedenen Zeiten die folgende Zusammenfassung:

	nationalliberal	linksliberal	zusammen
1878	174	68	242
1877	180	63	243
1876	86	57	143
1882	66	58	119
1886	72	40	112
1880	86	29	115
1894	84	20	104
1890	75	36	111
1904	79	33	112

auf die Gesamtzahl von 483 Abgeordneten.
Die Liberalen haben also in diesen 21 Jahren 130 Mandate verloren, wozu noch 13 verlorene Mandate von Fraktionslosen kommen. Gewonnen haben dabei:

Konserervative	85	203	also 188 Mandate
Zentrum	61	97	6

Auch in Bayern und Sachsen ist die Entwicklung des Landtages ähnlich verlaufen.

Aber auch im Reichstag haben die Liberalen bedeutend verloren. Während jedoch im Landtage die Verluste ausschließlich den Konservativen als Gewinn zufließen, stellen sich im Reichstag die Zahlen folgendermaßen:

	1874	1907	
Konserervative	61	111	Gewinn 50
Zentrum	91	106	14
Liberalen	202	108	Verlust 94
Sozialdemokraten	9	43	Gewinn 34
Sonstige	34	35	1
	397	397	

Da der Liberalismus immer noch die Zahl von 2870 000 Wählern besitzt, also viel mehr als die Konservativen und nicht sehr viel weniger als die Sozialdemokraten, müßte er auch heute noch, bei einer andern Wahlkreisverteilung eine viel günstigere Stellung einnehmen können. Freilich sieht wohl Friedrich Raumann die Verhältnisse allzu optimistisch an, wenn er glaubt, dieser heutige Liberalismus könne überhaupt noch irgendwie dem Fortschritt zum Siege verhelfen.

Zankertum.

Zwischen dem Grafen Goerz, Schlicht, einem Jagdfreunde Wilhelms II., und der Stadt Schlicht im Großherzogtum Hessen ist eine Feindschaft ausgebrochen, die in ganz Deutschland großes Aufsehen erregt.

Die Gemeinde Schlicht hatte vor einiger Zeit einstimmig beschlossen, die Wählung der herrschaftlichen Jagdberechtigten in der Feldmark der Gemeinde durchzuführen. Der Graf von Goerz zu Schlicht, Präsident der ersten hiesigen Kammer, hatte daraufhin an die Rentkammer einen Brief geschrieben, worin er der Stadt Repressalien androhte, falls sie bei ihrem Beschluß bleibe. Bürgermeister und Gemeindevater hatten darauf geantwortet, daß man auf dem Beschluß beharre, und daß die Standesversammlung 1888 durch einen Bescheid sich verpflichtet habe, jedwede in die Wählung der Feldmark gegen Zahlung eines damals festgesetzten Betrages zu willigen. Mittlerweile hat der Herr Graf bereits damit begonnen sich als offener Feind der Gemeinde zu zeigen. Der Schlichtort ist geschlossen, die Spagierwege im Walde sind dem Publikum gesperrt, mehreren Lieferanten und Handwerkern aus der Stadt sind die Aufträge entzogen worden.

Wie der Hf. Ztg. aus Darmstadt berichtet wird, hat jetzt der nationalliberale Abgeordnete Dr. Dann in der Zweiten hiesigen Kammer eine Interpellation darüber eingebracht, auf welche Schritte die Regierung zum Schutz der Gemeinde Schlicht gegenüber dem Briefe des Grafen Goerz vom 29. April 1908 getan hat.

Zur Frage der Kaiserfinanzungen schreibt die Berliner Morgenpost:

Im Gegensatz zu seinem königlichen Onkel liebt es Kaiser Wilhelm, glanzvollen Komp zu entfalten. Auf seiner Reise nach Korfu begleitete ihn ein Gefolge von über 100 Personen.

darunter 24 Räte und Stabbedienten, 20 Musikanten und Orchester und 10 Chauffeure, während König Eduard in Berlin nur von sechs Personen begleitet war. . . Was die Wiener Kaiser Wilhelms Hofen, davon kann man sich etwa einen Begriff machen, wenn man erfährt, was allein die Fahrt an Ausgaben veranlaßt. Die längste Reise der kaiserlichen Kaiserfamilie nach Wien und von Wien nach Pola über Triest nach Venedig und Danauisungen hat, soweit die Ausgaben für Unterhalt und Bekleidung kommen, nahezu 60 000 Mark gekostet.

Kommunalverfassung gegen Bestrafung.

Das Reichsvereinsgesetz hat bekanntlich bestimmt, daß öffentliche politische Versammlungen, die öffentlich angezeigt werden, bei Anmeldung bei der Polizeibehörde nicht bedürfen. Die Bestimmung, darüber, wie die Bekanntmachung in solchem Falle beschaffen sein muß, überläßt das Gesetz der Landespolizeibehörde. Die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten haben nun in den Ausführungsverordnungen meist nur die Grundzüge festgelegt und die weiteren Einzelbestimmungen den Polizeibehörden zugewiesen. So auch in der Großherzogtum Hamburg. Dort hat nun am Vorabend des 15. Mai die Polizeibehörde der Stadt Hamburg bestimmt, daß die Anmeldebüchlein im Fortfall kommt für jede Versammlung, die in einer der Hamburger Zeitschriften und im öffentlichen Anzeiger, Weisblatt, A. M. S. Blatt für die freien und Hansestadt Hamburg, einem unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinenden Blättchen, annonciert wird, der nur für eine Anzeige im Amtsblatt blickten, er erhält also gleichsam eine Selbstzettel aufgelegt.

Da ist die verschiedene lokale Handhabung des neuen Reichsvereinsgesetzes!

Es noch andere Polizeibehörden in Deutschland sich dergleichen erlauben werden? —

Polizeibüro für den Westfalen. Im westfälischen Städtchen Enge ist der Stadtbürgermeister Schmalbecken als Mitglied der Stadtdeputation nicht bestatigt worden. Schmalbecken ist Vorstandmitglied des freisinnig-volksparteilichen Vereins.

Abweisung der Brügellisten in Baden. Die sozialdemokratische Fraktion hat in einem Antrage die Regierung ersucht, zu verfügen, daß die Strafe der föderativen Bückigung in den Wahlkreisen nicht mehr angewendet werden darf.

In den Kolonialdienst des Reiches zurücktreten ist der frühere Bezirkskommandant in Togo, Herr Schmidt der zur Zeit der Kolonialstände eine Rolle gespielt hat und besonders aus seinen Prozessen mit dem Zentrumsabgeordneten Roeten bekannt ist. Bezirkskommandant Schmidt wird schon jetzt wieder im Reichskolonialamt beschäftigt und wird in nächster Zeit einen Posten in Deutsch-Ostafrika erhalten.

Zur Landtagswahl.

Auf zum Kampf!

Wahlkreise, Parteigenossen, damit nicht aus der Richtigkeit in der Wahlbewegung der Schluß gezogen werden kann, als ob es Interesse an der Wahl und damit am Wahlerfolg nicht bedeutend sei. Schon schreibt die Post, das geschäftliche Organ unserer Gegner:

„Wohl rief die sozialdemokratische und die den Gegnern nachsehende bürgerlich-demokratische Presse die breite Masse der Wähler zum Kampfe auf, aber noch nirgends fand man, daß dieser Kampf für die Wähler selbst nicht sei. Die Vorbereitungen für die jetzigen Neuwahlen spielen sich im Gegenteil genau in derselben ruhigen Weise ab, wie dies sonst regelmäßig der Fall war. Der Schluß liegt nahe: die Wahlkreise bewegt offenbar die große Masse der wahlberechtigten Bevölkerung ungleich weniger, als die kleine Zahl der Wähler und die politische Presse. Vielleicht mag, wenn wir näher an den Wählerkreis herantreten, in einigen großen Städten und volkreichen Wahlkreisen die Wahlbewegung lebendiger werden als jetzt, immerhin wird man schon jetzt in den Verhältnissen der großen Masse der Bevölkerung die volle Bedeutung der ruhigen und besonnenen Kräfte erkennen dürfen, mit der die Regierung und insbesondere auch der Ministerpräsident die Wahlkreisefrage am 10. Januar d. J. behandelt hat. Man wird auch zu der Annahme berechtigt sein, daß der Verlauf der Wahlbewegung die Regierung in der ruhigen und rein sachlichen Behandlung dieser Frage noch stärken wird.“

Wir hoffen, daß diese Worte eines solchen Organs dazu beitragen können, unsere Freunde ihre Anstrengungen verdoppeln zu lassen!

„Wieso denn?“ erwiderte er, den Kopf schüttelnd. „Ich denke, das ist nicht der Fall, Sie sind keine Richter, sondern nur Verteidiger.“

„Ich bitte Sie, zur Sache zu sprechen!“ bemerkte der Greis trocken.

„Zur Sache? Gut! Ich habe mich schon so weit gebracht, daß ich glaube, Sie sind wirklich Richter, unabhängige, rechtsherrliche Leute.“

„Der Gerichtshof bedarf Ihrer Charakterisierung nicht.“

„Wodurch ihrer nicht? . . .“

„Nun, ich werde den noch fortfahren. . . Sie sind Leute, die es weder Bekannte, noch Fremde gibt, Sie sind — freie Männer. Da stehen vor Ihnen zwei Parteien, und eine sagt: „Man hat mich ausgeplündert und getönnelt!“ Die andere aber antwortet: „Ich habe das Recht zu plündern und zu tönneln, weil ich eine Plünderer bin.““

„Haben Sie etwas zur Sache zu bemerken?“ fragte der Greis in erhöhtem Ton. Seine Hände zitterten, und für die Mutter war es angenehm, ihn höflich zu sehen. Aber das Benehmen Andrejs gefiel ihr nicht — es paßte nicht zu der strengen Rede ihres Sohnes. Sie wünschte einen ersten und strengen Streit.

Der Kleinsten bildete den Greis schweigend an, rief sich dann den Kopf und den Hals schüttelnd.

„Der Kleinsten? Wozu soll ich denn mit Ihnen zur Sache sprechen? Was Sie wissen müssen, hat der Genosse gesagt. Das übrige werden Ihnen, wenn die Zeit kommt, andere Leute machen.“

Der Greis stand langsam auf und erklärte:

„Ich entziehe Ihnen die Lippen fest zusammen und ließ sich durch auf die Wand nieder. Neben ihm erhob sich Samoilow.“

Der Staatsanwalt hat die Genossen Barbaren genannt, Feinde der Kultur.“

„Sie sollen nur über das sprechen, was Ihre Angelegenheit betrifft.“

„Das betrifft sie auch. . . Es gibt nichts, was brave Leute nichts angeht. . . und ich bitte, mich nicht zu unterbrechen. . .“

„Ich frage Sie, was ist eigentlich Ihre Kultur?“

„Wir sind nicht hier, um mit Ihnen zu disputieren! Zur Sache!“ sagte der Greis, die Zähne entblößend.

Andrejs Verhalten hatte die Richter deutlich verärgert. Seine Worte hatten gleichsam von ihnen etwas abstrahiert, in ihren grauen Gesichtern, erhellten Rinde, in den Augen brannten kalte, grüne Funken. Barbels Rede hatte sie erregt, durch ihre Kraft aber diese Erregung zurückdrängt und ihnen unwillkürlich Achtung eingeflößt; der Kleinsten dagegen hatte diese

Zurückhaltung heruntergerissen und das bloßgelegt, was unter ihr war. Sie fühlte sich unter dem überheblichen Mienen und bewundernswürdigen, fast unangenehm schnell.

„Sie erziehen Epione. Sie verführen Frauen und Mädchen, Sie machen die Leute zu Dieben und Wöllern, Sie vergiften sie mit Brandtinte. . . Internationales Verbrechen, Zügen im ganzen Volk, Sittenerbarmnis und Verwilderung!“ — das ist Ihre Kultur! Ja, wir sind keine dieser Kultur!“

„Ich bitte Sie!“ sagte der Greis, während sein Sinn heftig zitterte. „Aber wir verzeihen und schätzen jene andere Kultur, deren Schöpfer Sie in Gefängnissen haben verdammt lassen und um den Verstand gebracht haben. . .“

„Ich entziehe Ihnen das Wort!“ — Fedor Masin.

Der kleine Masin erhob sich, als wenn plötzlich ein Pfeilen in die Höhe schmetterte, und sagte mit überbringer Stimme:

„Ja, ich schweige. . . Ich weiß, Sie haben mich schon verurteilt. Ich ermahne nach Luft, wurde blaß, in seinem Gesicht blieben nur die Augen übrig, er streckte die Hand aus und rief:

„Ja — gebe mein Ehrenwort! Wohin Sie mich auch verbannen — ich laufe fort, lebe zurück, werde immer arbeiten. . . mein ganzes Leben.“

„Stimmen Sie sich laut und bedrohte sich unruhig hin und her. Das ganze Publikum, der immer höher steigenden Erregung nachgebend, lärmte selbst und dumpf. Irgegend weinte ein Weib, jemand hustete erstickt. Die Genossen betrachteten die Angeklagten mit stumpfblinigen Ertaunen, das Publikum — wütend. Die Richter schwannten, der Greis mit dümmen Stimm.“

„Ivan Gusew!“

„Ich will nicht reden!“

„Wassili Gusew!“

„Ich auch nicht!“

„Fedor Masin!“

Der weiche, beredliche Wurf erhob sich schwerfällig, schüttelte den Kopf und sagte langsam:

„Sie sollen sich schämen! . . . Ich bin schmerzlich dem Begriff und weiß doch, was Gerechtigkeit ist!“ — Er erhob die Hand über den Kopf und schrie, die Augen halb schließend, als blüde er irgendwohin weit in die Ferne.

„Was?“ — schrie der Greis erregt und erhaunt und sank in seinen Sessel zurück.

„Schon gut. . .“

Wufin ließ sich hinter auf die Wand nieder. In seinen dunklen Worten lag etwas Mienegroßes und Würdiges, etwas traurig, vorwurfsvolles und Rätes. Das fühlte alle und selbst die Richter hörten, ob nicht ein Echo erörtern würde, das noch deutlicher war als diese Worte. Auf den Wänden für das Publikum erklang alles, nur das letzte Weib zitterte wieder in der Luft. Der Staatsanwalt lächelte aber halb abschätzend, der Beobachter hüllte dumpf und allmählich entstand wieder Geflüster, das sich erregt im Saal hinwand.

Die Mutter beugte sich zu Sifow und fragte:

„Werden die Richter sprechen?“

„It alles zu Ende. . . jetzt wird nur noch das Urteil verhandelt.“

„Werter nichts?“

„Nein.“

„Sie glauben ich nicht.“

Frau Samoilow sah unruhig auf der Wand, stieß die Mutter mit der Schulter und dem Ellbogen an und sagte leise zu ihrem Mann:

„Was ist denn das? Wie kann man denn so? . . .“

„Du wirst ja, daß man das kann. . .“

„Was wird denn aber mit ihm, mit Grifow da? . . .“

„Schweig. . .“

Alle hatten die Empfindung, als sei in ihrem Innern etwas von der Stelle gerückt, etwas zerbrochen, zerfallen. Die Leute blickten verständnislos mit blinzen Augen, als wenn ihnen etwas von dem Weltlichen Unverstand und von unverständlicher Bedeutung wäre, und so schied, hinreißender Kraft vor ihnen aufgefahmt wäre. Und da sie das Gewaltige, das plötzlich vor ihnen aufstach, nicht verstanden, wechselten sie geduldig das neue Gefühl gegen ein kleines, sicheres, bekanntes um. Der alte Wufin schlüpfte ungerührt und laut:

„Gut. . .“

„Gut. . .“

„Gut. . .“

Samoilow lehnte sich zurück und stieß hinter dem Rücken seiner Frau laut, abgerissene Worte heraus:

„Richtig — sie waren Schuld, wollen wir sagen. . . aber läßt sie sich doch erklären! Gegen was ist sie eigentlich angegangen? Gegen alles? . . . Ich möchte das verstehen. Was ist die Wahrheit? . . .“

„Still!“ rief der Beamte, ihm mit dem Finger drohend.

Sifow nickte verächtlich mit dem Kopfe.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Beachtung!

Der Minister des Inneren hat dem Antrag des Magistrats von Hamm auf Veräumung der Fristfrist an Stelle der Terminwahl stattgegeben. Daraufhin hat der Magistrat die Wahlfrist folgendermaßen angesetzt: Erste Wahlung 10 bis 11 Uhr, zweite 11-12 Uhr vormittags, dritte Wahlung 4-5 Uhr nachmittags.

Es wurde dringend zu wünschen, daß festgesetzt würde, an welchen Orten noch die Fristfrist an Stelle der Terminwahl durch den Minister auf Ansuchen des Ortsvorstandes anberaumt werden ist; die weiteren werden festzustellen, wo etwa der Minister ein entsprechende Ersuchen des Ortsvorstandes abgelehnt hat, oder wo gar, wie in Dortmund, die Gemeindebehörde um Terminwahl statt Fristfrist (ungültlich!) petitioniert hat; am wichtigsten wäre die Bestimmung, wo überall der Ortsvorstand es trotz Antrags aus der Behörde unterlassen hat, bei dem Minister die Ersuchen auf Anberaumung der Fristfrist zu stellen, wie es z. B. in Magdeburg der Fall gewesen ist.

Wo etwa unsere Gemeindevertreter es bisher noch versäumt haben sollten, die Frage bei ihrem Gemeindevorstand anzuzugehen, sollte es noch jetzt in zwölfter Stunde geschehen!

Minister und Dreiflassenwahl.

Herrn Wilson, bisher dritter Klasse, hat durch seine Hamburger Millionenbesitz sich als politischer Reize gewonnen, daß er am 6. Juni in der zweiten Klasse wählen kann. Die erste aber langt es noch immer nicht.

Wagener wird sein Vertreter, der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg wieder in der dritten Klasse wählen. Er teilt dieses Gefühl mit Staatssekretär Niedberg, Justizminister Weiser, Hof-Kabinetsrat v. Putzmann und den meisten anderen Staatsbeamten, Unterstaatssekretären, Ministern und sonstigen Würdenträgern.

Es muß auch der Gegner dem Dreiflassenwahlrecht einen gewissen Vorzug zuerkennen. Es schätzte wenigstens die politische Befähigung unserer Regierenden, der Verteilung des Dreiflassenwahlrechts ziemlich richtig ein.

Groß-Berlin im Wahlkampf.

Die Parteigenossen Groß-Berlins hatten am Sonntag mittig eine Generalversammlung aller Wahlberechtigten einberufen, um die Kandidaten für die Landtagswahl aufzustellen. Der Ortsvorstand legte der sehr zahl besuchten Delegiertenversammlung, an der unter dem neuen Reichspräsidenten noch erstmalig Frauen teilnahmen, aber keine Polizei, wenigstens nicht in Uniform, folgende Kandidatenliste vor: 1. Karl Liebknecht, 2. Richard Heinrich Stroebel, 3. Stadtverordneter Vorkmann, 4. Paul Kirich, 5. Hugo Seimann, 6. Otto Wels, 7. Fritz Jubeil, 8. Adolf Hoffmann, 9. Paul Singer, 10. Ebert, 11. Rebeur, 12. Stabthagen, 13. Bernhard Bruns, 14. Max Grunow, 15. Müller-Berlin (Stadtverordneter), 16. E. Sturm und Freiwald. Als Delegierte benannt die Zentralvorstände Adolf Ritter und Glode. Leo Kronz hat aus Gesundheitsrücksichten eine Kandidatur von vornherein abgelehnt, Eduard Bernstein, Gottfried Schulz und Biesch, die von einzelnen Wahlkreisen vorgeschlagen waren, haben die Weisheit im Zentralvorstand nicht gefunden. Insgesamt hat Groß-Berlin 18 Landtagswahlkreise, 12 in Berlin, 3 Mandate in Ober- und Niederhavel und 4 in Teltow-Beelitz-Charlottenburg-Schöneberg. Die Delegierten von Teltow-Beelitz führen durch Jubeil und Dr. Vorkmann die gleiche Liste darüber, daß von den Teltow-Beelitzern einstimmig vorgeschlagen 4 Kandidaten nur 2 auf die Liste wurden seien. Auf ihren Antrag wurde beschlossen, daß die Liste von Teltow-Beelitz, bestehend aus den Kandidaten Kirich, Biesch, Jubeil und Bernstein unter allen Umständen einen Platz in der Kandidatenliste bekommen müssen. Ein Antrag des sechsten Kreises, das Verbot aufzuheben, daß an den ersten 5 Wählern kein Reichstagsabgeordneter aufgestellt werden dürfe, wurde abgelehnt, nachdem Jubeil und andere ausgeführt hatten, daß die Kraft aller Reichstagsabgeordneten im Reichstage voll gebraucht werde, und besonders auch Rebeur zum Soloniaten nicht zu entbehren sei. Schließlich wurde die Kandidatenliste einstimmig folgendermaßen festgesetzt:

1. Karl Liebknecht, 2. Stroebel, 3. Vorkmann, 4. Paul Kirich, 5. Hugo Seimann, 6. Otto Wels, 7. Jubeil, 8. Adolf Hoffmann, 9. Singer, 10. Ebert, 11. Rebeur, 12. Grunow, 13. Müller (Stadtverordneter), 14. Freiwald, 15. Biesch, 16. Bernstein.

Als Ergänzung wurden Glode und Ritter bestimmt. Für Rebeur und Oberhavel sind die Kandidaten: Bruns, Stabthagen und Jakobson. Die 16 Kandidaten für Groß-Berlin werden nach den Wahlmännerverfahren auf die einzelnen Wahlkreise verteilt, so daß 8 in den auswärtsliegenden Kreisen, 2 in den städtischen u. f. Jubeil und Bernstein kandidieren für Teltow-Beelitz.

Das Verbot Singers über den bevorstehenden Landtagswahlkampf mußte wegen der Erkrankung Singers ausfallen. Im Schlusswort ermahnte der Vorsitzende Eugen Ernst zu rastloser unermüdbarer Arbeit im Landtagswahlkampf und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es Groß-Berlin am 16. Juni gelang werde, die erste Werdung in die Führung des Junitums zu legen.

Zur Lage der Waldarbeiter in Preußen.

Neben den Eisenbahnen sind für den preussischen Staat auch die Forsten eine recht erhebliche Einnahmequelle. Für das Staatsjahr 1907/08 ist im Etat aus dem Holzverkauf allein ein Erlös von 104.500.000 M. eingesezt, der unter der Wirkung der Holzpreise vermutlich noch überschritten wird. Die Gesamteinnahme ist auf 111.986.000 M. veranschlagt. Die Ausgaben betragen 64.682.800 M., so daß sich ein reiner Ueberschuß von 57.283.000 M. ergibt. An der Spitze der Forstverwaltung stehen 84 Oberforstmeister mit 97 Regierungs- und Forstärzten, die an Gehältern 4.200-7.200 M. die Oberforstmeister noch 900 M. extra beziehen. Die 855 Oberförster erhalten 2700 bis 5700 M. Gehalt. Dazu kommt noch Wohnungsgeld nebst feinem Brennholz. Die Forstverwaltung beschäftigt außerdem 46.422 Forstbediensteter, deren Gehalt sich zwischen 140-2100 M. bewegt. Eine große Anzahl dieser Bediensteten hat noch nicht recht beträchtliche Nebeneinnahmen. Auch sie haben, ebenso wie die meisten Waldarbeiter, keine Dienstwohnungen. Wald-, Forst- und Forstmannschaft, so weit sie fest angestellt sind, müssen sich mit 700-1000 Mark Jahresgehalt durchschlägen!

Noch erheblich schlechter aber sind die Waldarbeiter gestellt, deren die staatliche Forstverwaltung nicht weniger als 156.971 beschäftigt. Der niedrige Lohlohn wird im Regierungsbezirk Oppeln mit 1,62 M., der höchste im Regierungsbezirk Arnswald mit 2,75 M. für männliche Arbeiter bezahlt. Frauen erhalten im Regierungsbezirk Silesien 80 Pf., im Regierungsbezirk Düsseldorf 1,58 M. Jugendliche erhalten die Winter-1,83 M., pro Tag. Das sind die Sommerlöhne, die Winterlöhne sind erheblich niedriger, bis herab zu 1,45 M., bis 2,28 Mark, für Frauen 65 Pf., bis 1,45 M. für die weibliche Jammerschicht nur im Sommer durchschnittlich 80 Pf. im Winter 75-85 Pf. Stunden verdient werden!

Der preussische Staat zählt also seinen Waldarbeitern Stundenlöhne von 1,42-2,75 Pfennige! Die Arbeiterlöhne sind etwas höher, aber noch immer ermächtig gering. Sie steigen bei Männern von 1,84 bis auf 3,87 M. im Sommer, von 1,63 bis auf 3,27 M. im Winter; bei Frauen ist eine Halbarbeiter überaus ansehnlich. In reichlichen Unterhaltungen sind an Waldarbeiter oder deren Hinterlassene bezahlt worden 19.172,90 M. aus dem Gnadenpensionsfonds 6865,80 M.

So bezahlt der „Kulturstaat“ Preußen seine Waldarbeiter. Er darf sie nicht besser bezahlen, weil sonst die den preussischen Landtag beherrschenden Jünger Lärm schlagen! Diese Sippe ganz ihren Arbeitern genau so elende Löhne und sie befürchtet, daß die länderlichen Arbeiter in die Staatsforsten gehen, sobald der Staat besser bezahlt. Der Staat sollte und könnte ein Waldarbeiter-Beleg sein, hat besten Beweis er ein geradezu abgipfertes Beispiel. In der Gegend, daß die gegahnten Löhne zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel sind, schafft er dann Unterhaltungen und Gnadenpensionsfonds, aus denen dann großmütig lächerliche Beihilfen gewährt. Die Waldarbeiter freilich können sich nicht Koalitionsschutz haben, das heißt, sie dürfen keinen Gebrauch davon machen. Und wer soll im Landtage für sie eintreten? Die agrarischen Konserverativen haben ein Interesse an niedrigen Löhnen, und die anderen Parteien zeigen keinerlei Interesse für diese armen Opfer der Ausbeutungsmethode der staatlichen Forstverwaltung. Wir haben nicht an zu sagen, daß es geradezu unerhört ist, aus einem staatlichen Betrieb einen Ueberschuß von 57.283.000 M. zu ziehen und die Arbeiter, die Leben und Gesundheit riskieren, um solchen Löhnen abzuspielen! Auch auf diesem Gebiet ist es den Sozialdemokraten vorbehalten, als Kritiker und Helfer aufzutreten.

Preussischer Wahrscheinlichkeits-Katechismus.

Ist der Titel einer solchen im Verlage der Buchhandlung B. G. Schönerhans erschienenen Broschüre aus der Feder des Genossen Paul Scherz.

In Form von Frage und Antwort werden die haarsträubenden Ungerechtigkeiten des Dreiflassenwahlrechts aufgerollt und gleichzeitig der Uebermut der preussischen Jünger anschaulich geschildert. Zahlreiche drastische Illustrationen vervollständigen das außerordentlich allgemeinverständlich geschriebene Schriftchen. Die Broschüre gewährt einen lehrreichen Einblick in die Zustände, gegen die die preussischen Proletarier jetzt mit aller Energie Sturm laufen.

Preis 16 Pf. Bei Partiebezug Rabatt.

Volkswirtschaftliches.

Die amerikanischen Bankbrüche und die deutsche Bankensetze. Als bei Ausdruck der amerikanischen Wirtschaftskrise Banken in amerikanischen Großstädten zusammenbrachen oder zeitweilig ihre Zahlungen einstellten, fand das amerikanische Volkswesen in der deutschen Vorkriegszeit die schärfste Kritik. Ganz nach dem Muster der reaktionären Presse, die jeden Anlaß und Schmäht über politische Unfriedlichkeit in fremden zu einer freizeitleitigen Entwicklung im Heimatlande beläufigt. Vändern geterr, füllten sich die meisten unserer Vorkriegszeit zu unerbittlichen Angriffen gegen die Zügellosigkeit der Spekulation und die Korruption in Amerika heran, aber die eigenen gegenüber der schättesten Wirtschaftskrise in ihrem eigenen Lande. Diese Kritik wird auch jetzt wieder anlässlich der Bankensetze geübt. In dem Augenblick, in dem die Frage, ob zur Sicherung der getragenen Summen, die den Banken als Depositionsgelder antwortbar werden, gesetzliche Maßnahmen getroffen werden sollen, aktuelle Bedeutung gewonnen hat, schweigen gerade jene Blätter, die während der amerikanischen Panik die Amerikaner am aufbringlichsten über die Notwendigkeit einschneidender Reformen ihrer Bankengesetzgebung bekehrten. Wenn haben sich in Amerika mande Wirtschaftskrisen in Bankensetzen herausgestellt, daß heute noch unterziehen die meisten amerikanischen Banken einer viel härteren Kontrolle als die deutschen Banken. Die Kritik jener reaktionären Blätter, die die amerikanischen Schwächen so gut erkannten, aber die Mängel im deutschen Bankensetzen geistlich übersehen und noch übersehen, läuft darauf hinaus, das verheerliche Repressivum in die Vorkriegszeit hineinzuverdrängen, auf auf diesem Gebiete im Auslande als schlecht, in Deutschland aber alles viel besser und fehlerlos eingerichtet sei. Viele Zusammenbrüche amerikanischer Banken erfolgen durch den Ansturm der Depositionsgläubiger, selbst gut geleitete Banken konnten der ihnen anvertrauten Gelder nicht genügen. Es wird wohl auch in Deutschland sehr wenige Anstürme geben, die einem „Bankensandhalten, die ohne Vorbereitungen den größten Teil der Depositionsgelder in wenigen Stunden oder Tagen zur Auszahlung bringen könnten. Die solche gewöhnliche Ereignisse kann auch die noch so vorsichtig geleitete Bank nicht immer gerettet sein. Daß aber die Staatskassier in Amerika trotz ihrer Unzulänglichkeit außerordentlich günstig gewirkt hat, läßt sich jetzt bereits erkennen. In den Monatsheften für Finanz- und Bankwesen Die Bank weist Weinger-Neuphor in einem sehr instruktiven Bericht darauf hin, daß von den 206 Millionen Dollars betragenden Kapitalen der 89 Banken, die im Jahre 1907 ihre Zahlungen eingestellt haben, voraussichtlich der allergrößte Teil dieser Verbindlichkeiten schließlich beglichen werden wird, in vielen Fällen sogar ohne daß die Liquidation der betreffenden Banken stattfindet. Im großen und ganzen, so konstatiert der Bericht, hat es sich ergeben, daß die Banken doch nicht so unvorzüglich geleitet waren, wie man es bei dem Ausbruch der Krise befürchtet hatte, und daß die Gelder größtenteils so angelegt waren, wie das bei Depositionsbanken der Fall sein soll. Und selbst das, wo letztendlich Verpfändungen worden ist, wie bei der Knickerbocker-Trust-Co. und den anderen Geizge-Wörter-Banken hat die Mißwirtschaft in der Kreditgewährung nicht solche Proportionen angenommen wie etwa im Falle der Leipziger Bank. Das verdient in Deutschland beachtet zu werden. Bei dem Einfluß, den das Bankkapital in der Volkswirtschaft hat, ist zu befürchten, daß die deutsche Regierung auch diese Maßnahme übersehen.

Parteinachrichten.

Der sozialdemokratische Stadtvorstand mit der Gemeindeverwaltung. Unter der Epigramme „Die Gemeindeverwaltung als sozialdemokratisches Argument“ bringt die Leipziger Zeitung eine Schmeichelei aus Offenbach, die fall von der wahren Bürgerlichen Partei der Arbeiterzeitung hergeleitet ist. In dieser Begründung einer sozialdemokratischen Demonstration hatte die Offenbacher Zeitung scharfe Kritik geübt. Bei der Debatte nun, in der der Bürgermeister sein „freiwirtschaftliches“ Defekt den Stadtvorordneten gegenüber zu rechtfertigen hatte, erklärte der sozialdemokratische Stadtvorordnete Weipert laut Offenbacher Zeitung wörtlich: „Wenn ich Dr. Dullro wäre,

würde ich mir den Kunden, welcher den Artikel geschrieben hat, mit einer Hundepetische auf offenkam Markt kaufen.“ Um seinen Zweck daran auszuführen zu lassen, daß seine verbeugenden Worte auch ehrlich und ernst gemeint seien, hatte der Herr Stadtvorordnete eine Hundepetische in den Gesprächsraum mitgebracht, die er bei seinen Worten schloß in der Richtung hinwärt.

Bekanntlich gibt es in Offenbach keine sozialdemokratische Stadtvorwaltung, was die freiwirtschaftliche Zeitung nicht zu wissen braucht. Nach ist an der ganzen Geschichte, daß der sozialdemokratische Stadtvorordnete Weipert in der Sitzung, in der die Waiseier zur Debatte stand, die von der freiwirtschaftlichen Zeitung gütliche Wendung von der Hundepetische unter Hinweis auf die landübliche Gege der Offenbacher Zeitung gebraucht hat. Aber erlosch ist, daß er dabei eine Hundepetische „lebhaft in der Richtung“ gehalten hätte. Diese Hundepetische existiert lediglich im Sinn der Waiseier der freiwirtschaftlichen Zeitung und ähnlicher Stellen. Jedes Waiseier glaubt „aus Eigenem“ noch dazu tun zu müssen und so wird in den nächsten Tagen in der Ordnungsbüchse aller Gebe zu lesen sein:

Der sozialdemokratische Bürgermeister von Offenbach prügelle sich mit seinen Stadtvorordneten im Sitzungssaal. Als Waffen dienten Hundepetischen, deren Anschaffungskosten aus der Stadtkasse bestritten waren. Die Regierung mußte eingreifen. Bürgermeister, Weisgeordnete und Stadtväter wurden geschlossen ins Stadtsgefängnis eingeliefert. Die Stadt in Zwangsverwaltung genommen. Da hat man wieder ein Beispiel ungläublicher Schamperre, Mißwirtschaft und Rohheit in sozialdemokratischen Verwaltungen.

Gewerkchaftliches.

Der letzte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands wird Montag, den 22. Juni in Hamburg im Gewerkschaftshaus stattfinden. Als Tagesordnung ist vorläufig vorgelesen:

1. Erlebung der gewerkschaftlichen Angelegenheiten (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate usw.).
2. Rechtsfähigkeitsbericht der Generalkommission. Berichterstatter: L. E. J. in Berlin. Beratung der Anträge betreffend:
 - a) Allgemeine Agitation; Berichterstatterin: J. A. Mann in Berlin;
 - b) Arbeiterinnen-Sekretariat. Berichterstatterin: J. A. Mann in Berlin;
 - c) Agitation unter den Dienstboten. Berichterstatterin: S. Grünberg in Nürnberg;
 - d) Agitation unter den fremdsprachlichen Arbeitern; Berichterstatterin: S. Grünberg in Nürnberg;
 - e) Seimarbeiter-Schutz;
 - f) Kommission zur Befreiung des Koff- und Logisstranges beim Arbeitgeber. Berichterstatter: P. Blum in Berlin;
 - h) Responsendengblatt.
3. Zentral-Arbeitersekretariat. Berichterstatter: R. Schmidt in Berlin;
- b) Die Vertretung der Rechtsuchenden durch die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre vor den Gerichten. Berichterstatter: E. Lesche in Hamburg.
4. Die staatliche Versicherung der Privatangestellten. Referent: P. Lange in Hamburg.
5. Die gewerkschaftliche Stellenvermittlung. Referent: S. P. J. in Berlin.
6. Der Vorstoß als gewerkschaftliches Kampfmittel. Referent: O. W. Mann in Hamburg.
7. Die Organisation zur Erzielung der Jugend. Referent: R. Schmidt in Berlin.
8. Grenzfreiheiten.
9. Beratung der nicht unter den vorhergehenden Punkten erledigten Anträge.
10. Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland. Referent: S. W. K. in Berlin.

Der Kongress wird am 22. Juni 1908, morgens 9 Uhr, eröffnet und wird bis einschließlich 27. Juni tagen.

Die Adresse des Lokalkomitees in Hamburg ist: S. H. J. in Hamburg, J. H. J. in Hamburg, S. Zimmer Nr. 6.

Dem Kongress liegt u. a. auch folgender Antrag der Gewerkschaftsvertreter der Provinz Sachsen und Anhalt vor: Die Gewerkschaftskarte der Provinz Sachsen und Anhalt erlauben dem nächsten Gewerkschaftskongress in Hamburg eine Regelung der bestehenden Grenzfreiheiten innerhalb der Gewerkschaften.“

Achtung, Schlußmacher! Wegen Maßregelung von Arbeitern ist die Schulstrafe von Vater u. Mo. gesperrt worden.

Differenzen im Glasergerwerke in Siedershausen. Nachdem alle Verhandlungen auf gutlichem Wege zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages im Glasergerwerke in Mannheim-Bismarckshagen endgültig gescheitert sind, wird am 1. Juni d. J. ein Einverständnis des Arbeitgeberverbandes der Glasergerwerke Deutschlands (E. G. D.) — eine allgemeine Ausfertigung der Glasergerwerke rechts und links des Rheins erfolgen. Sämtliche Arbeitsnachweise der beiden Städte sind bereits gesperrt.

Im Ringergerwerke Maltergerwerke ist bei den Tarifverhandlungen auf Grund der Berliner Abmachungen eine Einigung erzielt worden.

Verlorener Streik. Der Abwechsell der Forme bei D. H. Niedberg in Augsburg zur Verbindung einer beträchtlichen Lohnminderungen mußte als auslösende Ursache angesehen werden, nachdem die beiden „Arbeitsbrüder“ in den anderen Fabriken die Streikarbeit machten.

2000 Straßenbahnstellen sind in Geseeland im nordamerikanischen Staate Ohio in den Ausland getreten.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Ein Brezprozesse. Wegen Verleitung eines Ratfors wurde Genosse Apel von der Rodhäuser Volkszeitung von der Strafkammer zu Nordhausen zu 150 M. Geldstrafe verurteilt.

Genossen zu 100 M. Geldstrafe verurteilt das Schöffengericht in Magdeburg-Neustadt am Donnerstag den Genossen Riepeh von der Volkstimme wegen Verleitung eines Ingenieurs, der sich als Konsumvereinskämpfer verurteilt.

Wegen „Verleitung“ des Rechtsanwälters und Gemeindevorstehers in Niermann wurde Genosse Grotzsch von der Dresdener Volkszeitung zum Schöffengericht zu 75 M. Geldstrafe verurteilt.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Dammig in Halle.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

M. Bär.

Heute und folgende Tage Fortsetzung unseres enorm billigen Porzellan-Verkaufs.

Frischer Stangenspargel Preis 40 32 18 Pf. Riesen-Gurken 25 Pf. Frische Radieschen 5 und 10 Pf.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands Zweigverein Halle a. S.
 Dienstag d. 19. Mai ab 8 Uhr im kleinen Saal des „Volkspark“
Mitglieder-Versammlung

- Tagesordnung:
 1. Vortrag über Marokko, Land und Leute. Referent: Genosse Dämmig.
 2. Lohnbewegungen im Saalkreis.
 3. Beschließendes.
 Zu zahlreichem Besuch ladet freundlich ein
 Der Vorstand.

Sach's Restaurant, Rosenstrasse 8.
 Mittwoch, den 20. Mai
gr. Schlachtfest.
 Hierzu ladet freundlich ein
 Der Obige.

Apollo-Theater.
 Direction: Gustav Pöller.
 Geschäft des Original-Kölners Volks-Theaters.
Seitensprung.
 Hr. Köhler überlebte mit Gelang in 8 Akten von G. Fedau.
 Das Stück entwarf keine Lachstürme!
 Die tollsten Situationen, die jemals in einem Stück enthalten waren!

Geschenkt
 Mandtasche und andere anerkannt wertvolle Gegenstände bei Benützung von
Flammers Seife nur einwickelt
Flammers Seifenpulver
 als die besten für Wäsche u. Haus millionenfach erprobt.



Zu haben bei: Louis Elsfield, Marktplatz 22 und Steinweg 24 in Halle a. S.

Walhalla-Theater.
 Vollständig neues Programm.
Intern. Ringkampf-Konkurrenz.
 Heute, Montag d. 19. Mai, ringen:
 Albert Sturm gegen Fritz Müller.
 Paul Moldt gegen Vincent Jla.
 Eduard Ritzler gegen Josef Milchthaler.
 Vorverkauf nur im Theaterbureau.
 Eintrittspreise nicht erhöht.

Ständesamliche Nachrichten.
 Halle-Üb. Steinweg 2, 16. Mai.
 Aufgehoben: Fleischermeister Heise u. Rüdiger Seif (Magdeburg und Martinstraße 10), Mühlfeiler Schmidt und Julie Heber (Sachornstraße 6 und Große Märkerstraße 47), Tischler Schiffer u. Jaa Brauer (Augustin- und Schillerstraße 7), Walter Uffelder und Selma Schmidt (Galle und Hohenburg).
 Beschließungen: Schloffer Thomas u. Eln Schöhl (Hohenstraße 47 und Unterfrießstraße 17), Geschäftsführer Götze u. Martha Schönbör (Albert-Schmidtstr. 7), Arbeiter Haas u. Emma Martin (Rl. Sandberg 14), Wohlthätiger Görtz u. Maria Kärl (Schmidtstraße 17), Eisenbahnwärter Brode u. Martha Schüge (Magazin u. Wölberweg 3), Wagenmeister Gerndorf u. Anna Hindelen (Paul-Niederstraße 20), Schuhmacher Seif und Emma Badmann (Pittlerstraße 16 und 15), Geschäftsführer Röhndke und Frieda Mühlenger (Fürstental 6a und Erdbeer).
 Geboren: Schloffermeister Eudora L. (Kopplengasse 1), Kaufm. Seifenhauer W. u. L. (Mühlengartenstraße 3), Rangierer Brandt S. (Lützenstraße 3), Labemeyer Beige Z. (Brandenburgerstraße 12), Arb. Meinicke S. (Lützenstr. Kaufmann Rupp L. (Lützenstraße 9a), Maurer Brandenberger L. (Lützenstr. 37), Schloffer Haag S. (Wolffstr. 2), Arbeiter Gaudig S. (Schmidtstraße 20).
 Gestorben: Arb. Ramo aus Hienfeld, 17 J. (Hlnd), Maurer Madulla Giesrau Friederike (Schüge, 52 J. (Seige 33), Rentier Strober aus Schloffer, 65 J. (Lützenstraße 12), Arb. Meinicke Brande aus Hienfeld, 45 J. (Hlnd), Arb. Meiser, 49 Jahr (Weingärten 25), Arbeit. Lioe aus Denenien, 65 J. (Hlnd), Geschäftsführer Kaufmann S. u. J. (Lützenstraße 12), Arb. Grotthum, 47 J. (Hlnd), Arb. Hammer, 42 J. (Lützenstr. 36), Marie Geder, 42 J. (Alte Wödenstraße 10).

Infolge der Ungehörigkeiten, welche
Kerr Vincent Jla, gen. d. schwarze Panther,
 sich am Sonntag, den 17. ds. Mts., mir als Schiedsrichter gegenüber herausgenommen hat, sehe ich mich gezwungen, hiermit denselben zu einem griechisch-römischen
Ringkampfe zu Mittwoch, d. 20. ds. Mts. herauszufordern.
Robert Hammer,
 der einzige Besieger des Bären „Muffel“.

Verh. d. Fabrik-, Hilfsarbeiter u. -Arbeiterinnen.
 Mittwoch, den 20. Mai 1908, abends 8 1/2 Uhr in Kautschuk's Gasthaus, Martinsberg 6
Mitglieder-Versammlung.
 Da die Tages-Ordnung eine sehr wichtige ist, bitten wir die Mitglieder, zahlreich zu erscheinen.
 Die Orts-Verwaltung.

Herren-Garderoben
 fertig elegant und billigst unter Garantie tabellarischer Eines.
 Neueste Muster von besten Qualitäten stehen auf Wunsch zur gefälligen Ansicht stets zur Verfügung.
C. Wagner,
 Untereberg 8, am Weidenplan.

Moden-Zeitungen II. Quartal 1908.

Die elegante Mode	pro Quartal 1.75 M.
Große Modenzeitung	1.50
Die Modenwelt	1.25
Deutsche Modenzeitung	1.15
Dies Blatt gehört der Frau	2.55
Fänellicher Dattgeber	1.95
Große Modenwelt	1.-
Mode und Haus (mit Kolorat)	1.25
Mode und Haus (ohne Kolorat)	1.-
Kindergarderobe	0.80
Wöchentliche	0.80
Reine Kindermodenwelt	0.50
Frauen-Zeitung	2.10
Frauenfleiß	0.75
Zentralblatt für Moden	0.75
Pariser Moden	1.50
Wiener Moden	2.50
Wiener Elix	pro Quartal 6.00 u. 8.25
Wien-Tribüne	jährlich 12.00

und viele andere.
 Neue Bestellungen nehmen zu jeder Zeit entgegen, alle Ausdräger des Volksblattes und Die Volksbuchhandlung.

Zeit. Zur Landtagswahl!
 Freitag den 22. Mai abends 8 Uhr im Schützenhaus
öffentl. Volks-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Die Bundesgesetz und die Parteien. Referent: Gen. Grotthum.
 2. Diskussion und Beschließungen.
 3. Die Wahl und die Parteien.
 4. Diskussion und Beschließungen.
 5. Tagesordnung.
 6. Die Wahl und die Parteien.
 7. Diskussion und Beschließungen.
 8. Tagesordnung.
 9. Die Wahl und die Parteien.
 10. Diskussion und Beschließungen.
 Der Vorstand des Sozialdem. Vereins.

Lederhandlung
 Carl Friedrich Naoh.
 jst
Brüderstrasse 4.
 „Rudolf Mosse“.

Konsamverein Holzweissig u. Umg.
 Mittwoch den 20. Mai 1908 abends 8 Uhr im Saal des „Volkspark“
Außerordentl. Generalversammlung
 Tagesordnung: 1. Vortrag über: Verbesserung der Arbeitsverhältnisse. 2. Beschließungen. 3. Die Mitglieder werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.
 Der Ausschussleiter: Karl Lücke, Vorsitzender.

Postillon
 Nr. 11.
 Preis 10 Pf.
 Zu beziehen durch alle Ausdräger und die
Volksbuchhandlung.
 Harz 42/43.

Kohler Verdienst!
 In allen Städten und Orten werden fleißige Personen als Alleinverführer für eine großartige Potent-Neubelt seit angefertigt. Sober, fähiger Verdienst. Leben und Kapital nicht nötig. Näheres durch
Emil Bollmann, Leuchern.

Sprechmaschinen, Grammophone Platten u. Walzen
 in reichhaltigster Auswahl bei
Albert Hoffmann,
 am Niedeckplatz.

Luckenau.
 Freitag d. 22. Mai abends 8 Uhr nur für Damen, und Sonntag d. 24. Mai abends 8 Uhr nur für Herren im Lokale des Herrn Herzog
Lichtbilder-Vorträge
 des Schriftstellers Rich. Kalso aus Berlin über: Das Weltgeschick und seine Folgeerscheinungen. Nur für Erwachsene. Eintritt 20 Pf. Die zur Vorbereitung kommenden über 100 Lichtbilder sind 3 Meter groß und in freier wissenschaftlicher, naturnaher Ausführung von ersten Künstlern angefertigt. Für Hare, Isar, 3 Meter große Lichtbilder wird garantiert.

Knackwurst
 Prima harte Knackwurst gut in Farbe und Geschmack in einem ein Würstchen 3 Pf. 80 Pf. gibt ab
Max Koch, Fleischermeister, Sophienstraße 41.
 Zabrüder mit und ohne Freilicht 0 dt für 25, 40, 50, 55, 60 Markt kern. Schinder, Uhrmacher, St. Ulrichstraße 55.

Arbeiter
 werden beim Abrück des Gefängnisses, Poststraße 20, eingestellt.
Hausarbeiterinnen
 suchen
 Holbrun & Pinner, Geitstr. 22.
 Reparatur an Holzgesch. schnell u. billig
Worstellung sucht
 verlaenge die „Deutsche Un-
 knappenspost“, Esslingen 156.
 Makulatur verkauft die
 Genossenschaftsdruckerei.

Hohenmölsen.
 Reparatur-Werkstatt.
 Das best liefert.
 H. J. J. J.



Arbeiter
 werden beim Abrück des Gefängnisses, Poststraße 20, eingestellt.
Hausarbeiterinnen
 suchen
 Holbrun & Pinner, Geitstr. 22.
 Reparatur an Holzgesch. schnell u. billig
Worstellung sucht
 verlaenge die „Deutsche Un-
 knappenspost“, Esslingen 156.
 Makulatur verkauft die
 Genossenschaftsdruckerei.

Arbeiter
 werden beim Abrück des Gefängnisses, Poststraße 20, eingestellt.
Hausarbeiterinnen
 suchen
 Holbrun & Pinner, Geitstr. 22.
 Reparatur an Holzgesch. schnell u. billig
Worstellung sucht
 verlaenge die „Deutsche Un-
 knappenspost“, Esslingen 156.
 Makulatur verkauft die
 Genossenschaftsdruckerei.

Arbeiter
 werden beim Abrück des Gefängnisses, Poststraße 20, eingestellt.
Hausarbeiterinnen
 suchen
 Holbrun & Pinner, Geitstr. 22.
 Reparatur an Holzgesch. schnell u. billig
Worstellung sucht
 verlaenge die „Deutsche Un-
 knappenspost“, Esslingen 156.
 Makulatur verkauft die
 Genossenschaftsdruckerei.

Die Jugendlichen und das Reichsvereinsgesetz.

Durch den sogenannten Jugendlichen-Paragrafen im Reichsvereinsgesetz ist die Bewegung der politischen und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung ein neues Dornenrisse entstanden. Die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahren können sich bisher wenig um politische Angelegenheiten, kommen aber allmählich in ihrer Persönlichkeit mit älteren gewerkschaftlich organisierten Arbeitern in Berührung und bringen begreiflicherweise bei sie unmittelbar angehenden gewerkschaftlichen Fragen viel eher Interesse und Verständnis entgegen. Da in der Regel nach dreijähriger Zugehörigkeit, also nach vollendetem 17. Lebensjahr, der handwerklich gebildete Arbeiter mit in die Tarifabmachungen in seinem Gewerbe eingeschlossen wird, so müssen die Gewerkschaften schon im Interesse der Durchdringung des Tarifs auf mindestens 14-Jährige Rücksicht auf die bei der Entlohnung in den verschiedenen Gewerkschaften zu berücksichtigen sein. Nach dem ist die in der Regel nach dreijähriger Zugehörigkeit, also nach vollendetem 17. Lebensjahr, der handwerklich gebildete Arbeiter mit in die Tarifabmachungen in seinem Gewerbe eingeschlossen wird, so müssen die Gewerkschaften schon im Interesse der Durchdringung des Tarifs auf mindestens 14-Jährige Rücksicht auf die bei der Entlohnung in den verschiedenen Gewerkschaften zu berücksichtigen sein.

man die Zahl der männlichen Arbeiter von 16 bis 21 Jahren etwa dreimal so hoch schätzen wie die der gleichzeitigen weiblichen, also auf etwa 12 bis 13 Millionen. Womit einer Spezialstatistik mit Rücksicht auf die Zahl der 16- bis 18-jährigen auf Schätzungen angewiesen, glauben aber nicht zu hoch zu greifen, wenn wir sie auf ein Drittel der 16- bis 21-jährigen annehmen, das wären männliche und weibliche zusammen ungefähr 550 000. Demnach waren in den deutschen Fabrik- und Gießereien und Bergwerken 1906 rund eine Million Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahren beschäftigt, denen das Reichsvereinsgesetz die Teilnahme am gewerkschaftlichen Vereins- und Versammlungswesen verbietet. Ihre Zahl dürfte sich bis zur Gegenwart um mindestens 10 Prozent vermehrt haben.

Es gibt Gewerkschaften, so z. B. die Textilindustrie, das Bekleidungs- und Metallgewerbe, in denen mehr jugendliche und „minderjährige“ Personen beschäftigt sind wie „volljährige“. In solchen Gewerben ist jede Bewegung ohne Mitbeteiligung der Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahren von vornherein ausgeschlossen. Soll aber eine Lohnbewegung in geordneter Weise durchgeführt werden, wenn insbesondere Zuzustimmung nicht nur auf dem Papier liegen sollen, dann müssen vorher die Arbeiter und Arbeiterinnen gewerkschaftlich organisiert und gekämpft werden. Wie ist das zu ermöglichen, wenn man gesetzlich die unter 18 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen von der Organisation ihrer Berufscollegen ausschließt? Es steht fest, daß in gewissen Berufen die Zahl der von dem Jugendlichen-Paragrafen betroffenen Arbeiter und Arbeiterinnen einen großen Teil, wenn nicht den Hauptteil der insgesamt Beschäftigten ausmacht. Es sind gerade die elendest beschlagenen Arbeiter- und Arbeiterinnengruppen, denen durch das Reichsvereinsgesetz das Recht genommen ist, sich mittels gewerkschaftlicher Organisation eine günstiger wirtschaftliche Position zu verschaffen.

Die Söhne und Töchter der Bourgeoisie und des „hohen Adels“ werden allerdings von dem Gesetz nicht berührt. Sie erziehen sich auf Kosten der elterlichen Vormögenisse noch einer sorglosen Jugend, wenn die Kinder der Proletariats schon längst erwerbstätig sein müssen.

Zur Revolution in Russland.

Die russische Justiz auf der Anklagebank. Der 11. Mai war ein schwerer Tag für den russischen Justizminister. Selbst in der Sessenda fand er keine genügende Majorität, die den Rat hatte, die moralische Verantwortung für die unglücklichen Sünden und Verbrechen der russischen Justiz zu übernehmen. Die Kredit der Justizministerien wurden nur mit dem Zusage bewilligt, daß die wichtigsten Grundlagen einer normalen Tätigkeit der Gerichtsinstitutionen, die Unabhängigkeit und Unabsetzbarkeit der Richter, in ihrer vollen Integrität bewahrt und reinheit wiederhergestellt werden. Allerdings bedurfte es einer mehrstündigen Debatte, während welcher alle Schäden der russischen Justiz aufgedeckt wurden, um das Dummgestirn zu bewegen, diesen Ruf auf der nächstfolgenden Form der Budgetkommission anzunehmen.

Die Attade gegen das Justizministerium eröffnete Genosse Gerschtorski, der Redner der sozialdemokratischen Fraktion. „Unser Justiz — so begann er — ist etwa fünfzig Jahre alt und grauhaarig. Sie hat sich der Gerechtigkeit völlig zur Verfügung gestellt. Ihre Ehrerbietung und Integrität ist unerschütterlich in allen Epochen ihrer Tätigkeit, in Brimmlen wie in Jubiläen zum Ausdruck.“ Der Redner ergründete seine Behauptung, indem er die Haltung des Genossen in Arbeiterprozessen und die Tätigkeit der politischen Gerichte eingehend beleuchtete. „Die politischen Gerichte werden zu einer Arena der ängstlichen, wütenden Parteikämpfe... Die Beamten des Justizsystems haben sich in wahre Polizeibeamte verwandelt... Die Justiz selbst ist zu einer Waffe der Reaktion und Völkerverdrängung herabgesunken...“ Unserer Gerichte sind Polizeigerichte zweiten Ranges.“ Redner weist auf den

Prozess gegen die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma hin, der „eine der schmachvollsten Seiten in den Annalen der russischen Justiz“ ausfüllt; er erwähnt die verwerfliche Gleichgültigkeit der Staatsanwaltschaft gegenüber den Forderungen und Torturen, denen die politischen Gefangenen während der Interrogation unterworfen werden, und weist endlich auf den Band zahlreicher Beispiele nach, daß die gereizte „Unabhängigkeit“ der russischen Richter nicht ist als eine bloße Lüge. „Aus dem Tempel der Rechtspflege, von dem der Justizminister in der zweiten Duma sprach, ist das öffentliche Bewußtsein vertrieben, und an seiner Stelle das politische Bewußtsein dort eingezogen...“ Selbst der Senat, der berufen ist, die Gerechtigkeit zu schützen, hat eine himmelschreiende Ungerechtigkeit begangen, indem er das Wahlschicksal vom 18. Juni, das unter Umgehung der Grundgesetz herausgegeben wurde, veröffentlichte. In Ermüdung alles dessen, lehnte der Redner im Namen seiner Fraktion den Etat des Justizministeriums ab und beantragte eine Leberungsformel zur Tagesordnung, in der die erwünschten Gesichtspunkte zum Ausdruck gelangen.

Die nachfolgenden Redner der bürgerlichen Opposition brachten — wenn auch in weit schwächerer Form und unter völliger Umgehung solcher „heiliger“ Fragen, wie der Staatsräuberei vom 18. Juni, der Prozeß gegen die sozialdemokratische Fraktion, die Rechtspflege in Arbeiterprozessen usw. — im wesentlichen dieselben Vorwürfe gegen das Justizministerium vor, wie Genosse Gerschtorski. Zu einer Vertiefung der herrschenden Zustände vermochte sich nur die Redner der Rechten, Kuriosität und Sensationismus aufzusuchen, mit dem Erfolge jedoch, daß selbst die Oligarchen sich gezwungen sahen, dem eingangs erwähnten Antrag der Arbeiter, der die Unabhängigkeit und Unabsetzbarkeit der Richter verlangte, zuzustimmen. Realen Wert hat dieser platonische Wunsch der Duma natürlich nicht. In Verbindung jedoch mit der veränderten Kritik, die an diesem Tage an der russischen Justiz geübt wurde, kann ihm eine gewisse Bedeutung nicht abgesprochen werden.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 18. Mai.

Zur Kandidatur Ruwert-Gesche.

Die Auffstellung unserer Landtagskandidaten scheint unseren Gegnern nicht angenehm zu sein, sonst würde man nicht so tiefgründige Betrachtungen über die Qualifikation unserer Kandidaten aufstellen, wie es zum Teil geschieht. Die „vornehme“ Allg. Ztg. spricht unseren Kandidaten den klaren Blick für das praktische Leben ab und heißt scharflich, die Galleischen Genossen hätten andere Kandidaten finden können, die nicht so vernachlässigt seien. Eine Veranschaulichung für seine Behauptung unterläßt das Blatt, weil es nicht gewöhnt ist, überhaupt etwas zu beweisen, das nicht man ja an seinem Prozeß, wo es bis jetzt noch verhältnismäßig Aufforderung unterlassen hat, Beweis für seine angeblichen 82 000 Anworten zu erbringen. Unseres Erachtens sollte sich das eble Blatt u f e e n Kopf nicht darüber geberden, wie wir mit unseren erwähnten Kandidaten befehlen können, es sollte lieber seine Anwortenlisten beibringen, um den Beweis zu erbringen für seine früher gemachten Behauptungen.

Wir wünschen unsere Angelegenheiten schon selbst regeln ohne Hilfe der vornehmen Allg. Ztg.

* In der Sitzung der Gewerbegerichtsbefehle, die vorigen Mittwoch im Weihen Hof stattfand, wurde bei der Berichterstattung über die letzten Sitzungen des Gewerbegerichts ein Fall erwähnt, wo ein Arbeiter auf den Ueberzug des letzten Akkords lagte. Um dem bet. Arbeiter diese Forderung zu Wasser zu machen, hatte die Firma die seit Jahresfrist gelieferten Akkordarbeiten zusammengerechnet, und nach Abzug der erhaltenen Lohnbeträge hatte der Arbeiter nun noch einen erheblichen Betrag an die Firma herauszugeben. Da die

	männliche	weibliche	zusammen
1904	298 810	127 454	880 264
1906	298 888	145 286	418 064

Demnach betrug die Gesamtzahl 1906 fast eine halbe Million! Darunter sind Befehltaube, die beim besten Willen nicht als „Befehlslose“ im handwerklichen Sinne ausgeprochen werden können. Es sind Lohnarbeiter mit wechselndem Einkommen, je nachdem in dem Gewerbe die Arbeiterorganisation einfluß auf die Gestaltung des Arbeitstages genommen. Eine separate Stellung der unter 18 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen wird von der Gewerbe- und Berufsausschussbehörde nicht vorgenommen. Nur noch die Arbeiterinnen von 16 bis 21 Jahren werden statistisch erfasst. Deren gab es 1904: 406 829, 1906: 498 900. Da 1905 in den Fabriken und sonstigen gewerblichen Anlagen Deutschlands 4 178 582 männliche Arbeiter über 16 Jahre alt gegen 1 041 698 weibliche Arbeiter, ebenfalls über 16 Jahre alt, gezählt wurden, so darf

Ein sozialdemokratischer Zukunftsstaat in der Gegenwart.

Von unsern Gegnern wird uns stets vorgebracht: Ihr erstreckt eine Utopie.
Auch bei der gegenwärtigen Einigung der Landtagswahlen werden wir dieses wieder vernehmen.
Selbst mancher wackere Genosse wird nur aus Pflichtgefühl arbeiten und an keinen Erfolg glauben.
Unsern Gegnern als Antwort, unsern Genossen zur Aufmunterung soll nachfolgender Artikel dienen.
Unter dem Titel „New-Zealand a modern Utopia“ hat Thomas G. Scott eine Reihe von Artikeln in amerikanischen Zeitungen veröffentlicht, welche die in Auszüge wiedergegeben möchte, da die Kenntnis derselben für uns alle sehr lehrreich sein dürfte und unsere Ziele dadurch in das rechte Licht gesetzt werden. Durch: Was heißt Utopia?
Eines der Ziele lautet: In England der wackere Reichskanzler Thomas Buxton, welcher im Jahre 1838 durch das Weisheitsgesetz wurde, weil die Verwaltung des Königs Heinrich VIII. nicht durch einen Treueid unterstützen wollte.
Thomas Buxton erwiderte das Land des Volkes und verfasste ein Buch, worin er eine glänzende „Utopia“ beschrieb, wo die Menschen als in sozialer Gleichheit lebend geglaubt wurden.
Dieser Zukunftsstaat ist zwar nicht existenzfähig, denn die Hilfsmittel der Gegenwart waren Thomas Buxton von 800-400 Jahren ebenso unbekannt, als uns die Hilfsmittel der Zukunft sind, aber die Grundzüge unserer Partei waren aus die feinsten:
„Alle Menschen sind frei und gleich, alle haben das gleiche Recht zum Leben und an dem Erben der Erde. Alle haben die gleiche Pflicht, an der gemeinsamen Arbeit der menschlichen Gesellschaft teil zu nehmen.“
Die Kolonie New-Zealand soll also nach Darstellung des amerikanischen Schriftstellers Thomas Scott nach diesen Grundzügen vermalnet werden. Wir werden an der Hand der Tatsachen sehen, inwiefern dieses zutrifft.
Das aber müssen wir, von vornherein im Auge behalten: Einen absolut vollkommenen Zustand kann es nie geben. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika gilt der Wille des Volkes schonbar, mehr, als in der, unter der Königsmacht der englischen Krone stehenden Kolonie New-Zealand und dennoch

stellt Kom. Scott diese Kolonie und deren öffentlichen Einrichtungen seinen Landbesitzern als nachzueiferndes Vorbild hin.

Die Erde ist eine im Weltraum frei schwebende Kugel. Wenn diese Kugel nun ein Apfel wäre, und man würde denselben von Deutschland aus mit einer Strichnadle durchstoßen, so käme man auf der südlichen Erdhälfte ungefähr auf New-Zealand wieder heraus.

Die Kolonie New-Zealand besteht aus zwei großen und einer Anzahl kleinerer Inseln, zusammen ungefähr halb so groß wie Deutschland.

Das Klima ist etwa wie in Süddeutschland. Alle unsere Landprodukte gedeihen auch dort. Schafzucht ist ein Haupterwerbszweig. Das Land ist schön und geblüht wie die Schweiz.

Die weißen Einwohner sind fast ausnahmslos von England eingewandert. Deutsche gibt es dort fast gar nicht. Die Einwohner — Maoris, ein schöner, fast hellfarbiger Menschenstamm, — sind in langen Kolonialkriegen zum größten Teil ausgerottet, haben aber seit über dreißig Jahren gleiche Rechte mit den Weißen.

Die englische Regierung hat sich diese Länder vor länger als zweihundert Jahren angeeignet und anfangs sehr schlecht verwaltet. Es wurden einige kleine Anstalten gegründet. Dieselben wurden trotz bestigen Widerpruchs der einzelnen Anstalten im Jahre 1878 von einem gemeinamen Komitee übernommen. Von diesem Jahre ab beginnt die Geschichte der Kolonie New-Zealand, in welche wir nun eintreten.

hat die englische Zentralregierung niemals in New-Zealand Gebrauch gemacht.

Zu den Kosten des englischen Krieges, der englischen Flotte und überhaupt des englischen Königtums braucht New-Zealand keinen Pfennig beizusteuern.

Die anderen englischen Kolonien im allgemeinen auch nicht. New-Zealand zählt auch heute noch weniger als eine Million Einwohner, nämlich nur etwa 800 000. Der bedeutungsreiche Grund und Boden wurde von der Regierung für 10 Pfennig pro Acker verkauft. So kam es, daß viele englische Familien große Strecken Land auf New-Zealand kauften und das Land unbenutzt liegen ließen, im Vertrauen auf den steigenden Wert desselben.

Der damalige Gouverneur Georg Grey legte sein Amt als Gouverneur nieder, lauserte sich als Landwirt an, stellte sich an die Spitze der demokratischen Partei und stellte folgende Forderungen auf:

Abhängigkeit des englischen Gouverneurs, Abhängigkeit des Oberhauses. Gleiches Stimmrecht (bei geheimer Wahl) für alle Einwohner über 21 Jahre.

Abhängigkeit des Großgrundbesitzes, eine nach oben stark steigende Einkommensteuer und Selbstverwaltung der nicht im Lande wohnenden Grundbesitzer. Regierungsseitige Unterstützung des Kleinbauernstandes.

Nur der W e s t i g hat Wahlrecht. Der Befehl befähigt keinerlei Wahlrecht. Die bestehenden Klassen wählen die Abgeordneten, die englische Regierung ernannte eine Anzahl der großen Ausbeuter als Oberhausmitglieder lebenslanglich. Kein Gesetz konnte zustande, wenn nicht Abgeordnetenshaus und Oberhaus demselben zustimmen. Die englische Regierung setzte ferner einen Gouverneur ein, welcher das Recht hat, ein u zu sagen, wenn Unterhaus und Oberhaus ja gelagt haben. (Vetorecht der Regierung.) Ein Ministerium, welches die Mehrheit des Unterhauses vertritt, leitet die Geschäfte der Kolonie.

Ihr seht, freunde — ein sehr realistischer Regierungsapparat. Doch will ich zugleich hinzufügen: Von ihrem Vetorecht

Georg Grey wurde im Oktober 1877 als Abgeordneter gewählt mit einer feinsten demokratischen Mehrheit hinter sich. Er wurde Premierminister. Seit dieser Zeit ist sein Programm durchgeführt. Nur der Gouverneur wird immer noch von der englischen Krone eingesetzt, nicht wie es Grey verlangte — vom Volke gewählt. Da aber das Vetorecht seitens der Krone niemals ausgeübt worden ist, so ist das Amt eines Gouverneurs für die Entwidlung der Kolonie ohne Bedeutung.

Fünfzig Jahre dauerte der Kampf zwischen der Ausbeuterpartei, welche sich konstant nennt und der Partei des arbeitenden Volkes, und zwar anfangs mit abwechselndem Glück. Erst seit dem Jahre 1892 ist die Herrschaft der Demokratie in New-Zealand gesichert. Seitdem tritt diese Partei mit immer größerer Macht bei den Wahlen alle zwei Jahre auf den Kampfsplatz, und zwar dadurch das reaktionäre Oberhaus zur Zustimmung der meisten volkreichen Gesele.

Nach dem Rücktritt Greys wurden dessen politischen Feindgenossen Ballantyne-Gibson und Joseph Ward nacheinander Premierminister der Kolonie.

1897, 10. Mai (S. B.)

Haus dem Reiche.

Berlin. Vom electischen Strom getötet wurde der Arbeiter Kullmeyer...

Frankfurt a. C. Ertrunken ist am Sonntage im Winterhafen der Arbeiter der Strombauverwaltung...

Karlsruhe. Reuaufrage des Hauptprozeßes hielt sich seit 7. 3. vor dem Landgericht Karlsruhe...

München. Eisenbahnunfall. In der Nähe des Vorortbahnhofes wurde entgleist ein aus Augsburg einlaufender Güterzug...

Strebahnung. In Prag stehen zwei Strebahnungen wegen mit großer Gewalt zusammen...

15 Rannen überfahren. In Wroclaw (Rußland) kamen 15 Rannen über den dortigen Fluß...

Gerichtssaal. Strafkammer. Halle a. S., 16. Mai. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Reuter...

Bei Ausführung der Tat ertrappt. Ein schon oft verurtheilter Arbeiter bog sich am Abend des ersten Oetertages...

Hand der Räufallbestimmungen. Durch Entsendung einiger Gardinen aus einer Wäscherei...

Wegerechtigter Halle. Vorsitzender: Stadtrat Rademeyer. Beisitzer: Zimmermeister...

Ein Vergleich schloß der Hausbesitzer Raphael und der Schuhmachermeister Reinitz...

Ein Vergleich schloß der Hausbesitzer Raphael und der Schuhmachermeister Reinitz...

Ein Vergleich schloß der Hausbesitzer Raphael und der Schuhmachermeister Reinitz...

Ein Vergleich schloß der Hausbesitzer Raphael und der Schuhmachermeister Reinitz...

Ein Vergleich schloß der Hausbesitzer Raphael und der Schuhmachermeister Reinitz...

Ein Vergleich schloß der Hausbesitzer Raphael und der Schuhmachermeister Reinitz...

Ein Vergleich schloß der Hausbesitzer Raphael und der Schuhmachermeister Reinitz...

Ein Vergleich schloß der Hausbesitzer Raphael und der Schuhmachermeister Reinitz...

Ein Vergleich schloß der Hausbesitzer Raphael und der Schuhmachermeister Reinitz...

Ein Vergleich schloß der Hausbesitzer Raphael und der Schuhmachermeister Reinitz...

Ein Vergleich schloß der Hausbesitzer Raphael und der Schuhmachermeister Reinitz...

Ein Vergleich schloß der Hausbesitzer Raphael und der Schuhmachermeister Reinitz...

Haus den Gemeinden.

Dolmetsch. Die erste Gemeindevorstellung, an welcher die neugewählten Vertreter teilnahmen...

1897, 10. Mai (S. B.)

Gewerkchaftliches.

Der Reichsgerichtsbescheid des Verbandes der deutschen Buchdrucker für 1907 ist...

1897, 10. Mai (S. B.)

